

beleuchten, wäre die Freiburger Dissertation Peters bereits von daher ein zu begrüßender Forschungsbeitrag. Beim näheren Hinsehen entpuppt sich die Studie jedoch zudem als eine Arbeit, die nicht nur der Regionalhistoriker mit Gewinn liest, sondern die auch die stärker an übergeordneten Fragen interessierte zeitgeschichtliche NS-Forschung in vielfältiger Weise voranbringt. Vor allem gelingt es dem Autor, die viel diskutierte These Hüttenbergers vom polykratischen Charakter der Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten empirisch zu belegen. Gleichwohl bedarf es keiner ausdrücklichen Betonung, daß die überwiegende Mehrzahl der Ergebnisse der Untersuchung nur für die spezielle Situation Badens zutrifft und keine Allgemeingültigkeit beanspruchen darf.

Der deutsche Südwesten war wegen seiner geographischen Randlage in vielfältiger Weise wirtschaftlich benachteiligt, u. a. war in der NS-Zeit »die Gründung und Unterstützung von Industriebetrieben an der Peripherie [verboten], um sie nicht dem Zugriff möglicher Kriegsgegner auszusetzen« (S. 363). Erst als die mitteldeutschen Rüstungsbetriebe voll ausgelastet waren – das Reich stand vor dem Überfall auf Rußland –, besannen sich die zentralen Instanzen in Berlin der Randregionen. In Baden wurde vor allem der vorhandene Maschinenbau ab 1940/41 in die Rüstungsproduktion eingebunden. Ökonomische Vorteile der geographischen Lage ergaben sich für die badische Wirtschaft erst, als die Alliierten mit ihren Luftangriffen Firmen im Nordwesten Deutschlands bedrohten, so daß diese in den Süden ausweichen mußten. Erst mitten im Krieg wurde der Süden bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt, mithin auch die badische Wirtschaft, die wegen der überproportionalen Einberufungsziffern verstärkt auf ausländische Zwangsarbeiter angewiesen war. Auch diesem Kapitel badischer Geschichte hat Peter umfangreiche Passagen seiner Arbeit gewidmet. Insgesamt ergibt sich nach seiner Darstellung – sieht man von den letzten Kriegsjahren ab – eine deutliche Benachteiligung und Schwächung der Grenzregion Baden während der Zeit des »Dritten Reiches«.

Wie der Verfasser herausarbeitet, basierten die wirtschaftlichen Nachteile der Region auf politischen Entscheidungen Berliner Ministerien. Die Interessen des Reiches standen den Interessen des Gaues in vielen Punkten diametral gegenüber. Gauleiter Robert Wagner und Ministerpräsident Walter Köhler traten zwar arbeitsteilig gegenüber dem Reich für die Interessen dieser Region ein und stellten so ein »Korrektiv der Reichspolitik bei Eingriffen in regionale Belange dar« (S. 365). Für Berlin war diese Regionalpolitik keineswegs kontraproduktiv, denn die negative Stimmung innerhalb der Bevölkerung wegen der Benachteiligung Badens durch Reichspolitik und -verwaltung wurde so aufgefangen: »Die auf dem Gaupartikularismus fußenden Konflikte trugen [...] durchaus auch dazu bei, die NS-Herrschaft zu stabilisieren« (S. 366). Peters Arbeit stellt insofern eine Erweiterung und teilweise Umbewertung der Polykratie-These dar. Die Untersuchung, die durch ein Graduiertenstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht wurde, beruht auf einer beeindruckenden Fülle von Quellen aus allen in Frage kommenden regionalen und überregionalen Archiven.

*Thomas A. Bartolosch, Siegen*

Georg Hansen, *Ethnische Schulpolitik im besetzten Polen. Der Mustergau Wartheland*, Waxmann Verlag, Münster etc. 1995, 96 S., kart., 19,80 DM.

Dieses an eine breitere Öffentlichkeit gerichtete Büchlein basiert auf einer fast 600 Seiten umfassenden Quellenedition, die der Verfasser 1994 im selben Verlag herausgegeben hat (»Schulpolitik als Volkstumspolitik. Quellen zur Schulpolitik der Besatzer in Polen 1939–1945«). Der Professor für Erziehungswissenschaft an der Fernuniversität Hagen möchte mit seinem Werk einen Beitrag zur Aufarbeitung deutsch-polnischer Vergan-

genheit leisten und vor dem Wiederaufleben von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus warnen, die in den letzten Jahren in Europa eine verhängnisvolle Renaissance erlebt haben.

Im Unterschied zur Quellenedition, die auch die deutsche Schulpolitik im Generalgouvernement dokumentiert, beschränkt sich das vorliegende Buch auf den Reichsgau Wartheland, der bis 1918 etwa zur Hälfte zum Deutschen Reich gehört hatte. »Hier sollte mustergültig nationalsozialistische Politik durchgesetzt werden – ohne taktische Rücksichten auf Kirchen oder andere gesellschaftliche Gruppen, die nicht »rückhaltlos im nationalsozialistischen Gedankengut verwurzelt« waren (S. 55). Für die Schulpolitik bedeutete das, die Bildungschancen nach der volkstumpolitischen Hierarchisierung der Einwohner in Reichsdeutsche, Volksdeutsche, »fremdvölkische« Nicht-Polen (z. B. Ukrainer), Polen sowie Juden und Zigeuner (S. 29) zu bemessen. Das betraf zunächst die Sprachenpolitik, die einen bemerkenswerten Kurswechsel zu verzeichnen hatte. Sollte anfangs ab 1940 in allen Schulen nur noch deutsch gesprochen werden, so galt später die Leitlinie, den Polen nur rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln und die Besatzer selbst polnisch lernen zu lassen, damit »der Deutsche auch sprachmässig der Herr bleibt« (S. 43). Am deutlichsten wurden die Konsequenzen rassistischer Politik auf der Ebene der Schulstruktur: Während für reichs- und volksdeutsche Kinder ein gegliedertes staatliches Schulwesen wie im Reich aufgebaut wurde, war für polnische Kinder nur ein minimaler und für jüdische Kinder keinerlei Unterricht vorgesehen – abgesehen vom jüdischen Privatschulwesen im Ghetto Litzmannstadt.

Die Einordnung dieses Befundes in den Zusammenhang der NS-Schulpolitik vermag freilich weniger zu überzeugen. Der Verfasser gibt in grossem Umfang Dokumente wieder, deren Aufspürung in verschiedenen polnischen Archiven schon die wesentliche Leistung seiner Quellenedition war. Sie werden jedoch nicht genügend kommentiert, und Auswahl und Anordnung der Quellen erscheinen wie in der Edition nicht immer plausibel. Für ein Buch, das sich an eine breitere Öffentlichkeit wendet, kommen Darstellung und Analyse einfach zu kurz. So kann etwa der Versuch, das Schulsystem im Deutschen Reich als Folie für die Schulpolitik im Warthegau auf wenigen Seiten zu skizzieren (S. 46–51), trotz oder gerade wegen der zahlreichen Zitate aus der Sekundärliteratur (v. a. S. 50 f.) nicht befriedigen. Zudem stört hier der unreflektierte Gebrauch zentraler Begriffe: So wird die auch im Reich praktizierte Trennung der Schulkinder nach Konfession und Geschlecht ebenso wie die soziale Auslese als »Selektion« bezeichnet (S. 47), während die ethnisch-rassistische Hierarchisierung der Bevölkerung des Warthegaus wiederholt unter dem neutraleren Begriff »Differenzierung« erscheint (S. 50 f.). In inhaltlicher Hinsicht wird z. B. die Funktion der 1941 eingeführten Lehrerbildungsanstalten nicht klar, die nicht so sehr ein Selektionsinstrument darstellten, sondern durch Aufgabe der akademischen Lehrerbildung den Lehrermangel im Volksschulbereich beseitigen sollten, der wiederum keine Besonderheit des Warthegaus darstellte. So verdienstvoll es ist, daß der Verfasser durch umfangreiche Recherchen bisher unbekannte Quellen zu einem wichtigen Bereich der nationalsozialistischen Schulpolitik erschlossen hat, bleibt doch die Präsentation der Ergebnisse in diesem Büchlein hinter den Erwartungen zurück.

*Rainer Bölling, Düsseldorf*